



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich im Bundesrat und auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag eingeführt wird, mit dem für bis zu diesem Zeitpunkt im Osten Deutschlands erworbene Rentenanwartschaften der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten in Ost und West sukzessive angeglichen wird.
- sich dafür einzusetzen, dass der Zuschlag solange gezahlt wird, bis sich der Unterschied zwischen dem Rentenwert Ost und dem Rentenwert West im Zuge der Angleichung der Lebensverhältnisse erübrigt hat. Die Hochwertung der Entgelte im Osten bleibt bestehen.

### Begründung

Der Prozess der Angleichung der Renten vollzieht sich infolge der schleppenden Angleichung der Einkommensverhältnisse in Ost und West wesentlich langsamer als zu Beginn des Einigungsprozesses angenommen. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind die Einkommensunterschiede nach einer Stagnation Ende der 90er Jahre sogar wieder größer geworden. Die Angleichung der Rentenwerte stagniert. Gleiche Lebensleistungen werden nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt. Dieser Zustand muss auf schnellem Wege und in gerechter Weise beendet werden.

Im Koalitionsvertrag der regierenden Parteien im Bundestag wird eine Lösung des Problems noch in dieser Legislaturperiode versprochen. Es ist geboten, die Kanzlerin an ihr auf dem Seniorinnentag in Leipzig gegebenes Versprechen zu erinnern. Sie hatte zugesagt, einen Lösungsvorschlag bis zur Mitte der Legislaturperiode vorzulegen.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 28.09.2011)